

BzR Marcus Altmann, BzRin Renate Rummerstorfer,
BzR Mag. Martin Much, BzRin Marissa Lechner,
BzR Ingo Höllinger, BzRin Mag.a Maria Masching



Bezirksvorstellung für den 18. Bezirk
Martinstraße 100
1180 Wien

Matschküche im Türkenschanzpark

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. Dezember 2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag:

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Abteilungen der Stadt Wien werden ersucht, in einem der Spielplatzbereiche des Türkenschanzpark die Möglichkeit der Installation einer sogenannten Matschküche (Beispielfotos s.u.) zu prüfen und die dafür anfallenden Kosten zu beziffern.

Begründung:

Zur weiteren Attraktivierung des Spielplatzangebots im 18. Bezirk soll in einem der Spielplätze im Türkenschanzpark eine kindgerechte Matschküche installiert werden. Eine Matschküche bietet Kindern vielfältige Spiel- und Lernmöglichkeiten, fördert Kreativität, motorische Fähigkeiten sowie soziales Miteinander. Die Spielplätze im Türkenschanzpark eignen sich besonders gut, da dort die Möglichkeiten zur Wasserentnahme bestehen, die für den Betrieb einer Matschküche erforderlich sind. Mit dieser Ergänzung wird der Spielwert des Parks gesteigert und ein zusätzlicher, naturnaher Spielimpuls geschaffen, der vor allem für Familien mit jüngeren Kindern besonders attraktiv ist.



Bildquelle 1: <http://bauhaus.at/matschkuechen/sun-matschkueche-paradies/p/30301180>

Bildquelle 2: <http://spielplatztreff.de/blog/diy-kinder-outdoor-matschkueche-schritt-fuer-schritt-erklaert/>

Ausbau Ladestation für Elektroautos im 18. Bezirk

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der Wiener Volkspartei Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die zuständige amtsführende Stadträtin Ulli Sima wird ersucht, im 18. Wiener Gemeindebezirk in den **Bereichen Ferrogasse / Witthauergasse, Ferrogasse / Alsegger Straße sowie Wallrißstraße / Witthauergasse geeignete Bereiche** zu prüfen, welcher die Errichtung einer Ladestation für Elektroautos ermöglicht.

BEGRÜNDUNG

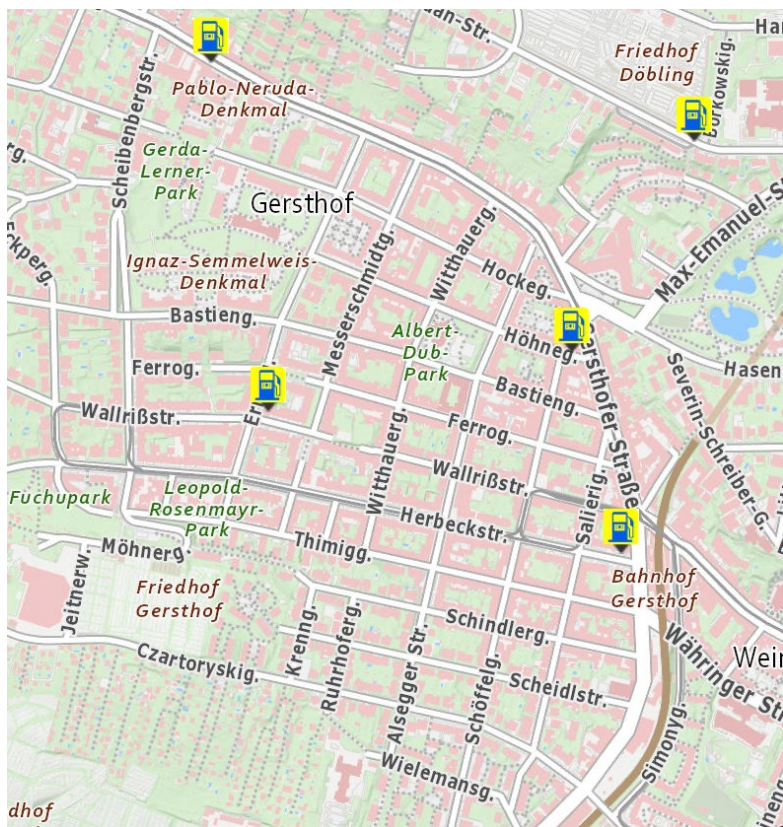
In den letzten Monaten ist vermehrt der Wunsch von Anrainerinnen und Anrainern im 18. Wiener Gemeindebezirk Währing an uns herangetragen worden, die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge deutlich auszubauen. Diese Anfragen machen klar sichtbar, dass der Umstieg auf nachhaltige Mobilitätsformen im Bezirk bereits stattfindet, jedoch durch ein regional unzureichendes Angebot an Ladestationen gebremst wird.

Währing ist ein dicht besiedelter Bezirk mit einem hohen Anteil an Mehrparteienhäusern, in denen die Installation privater Lademöglichkeiten oft nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Öffentliche Ladestationen im Straßenraum sind daher eine wesentliche Voraussetzung, um Elektromobilität für die Bevölkerung praktikabel und alltagstauglich zu machen. Der derzeitige Bestand ist für den teils wachsenden Bedarf nicht ausreichend und führt zunehmend zu Engpässen.

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der klima- und verkehrspolitischen Ziele der Stadt Wien. Elektrofahrzeuge reduzieren lokale Emissionen, Lärm und Schadstoffe und verbessern damit die Lebensqualität im Bezirk. Besonders in Wohngebieten profitieren Anrainerinnen und Anrainer von sauberer und leiser Mobilität.

Darüber hinaus stellt ein gut ausgebautes Netz an Ladestationen einen Standortvorteil für Währing dar. Es unterstützt Haushalte ohne eigenen Stellplatz beim Umstieg auf E-Mobilität und fördert eine sozial gerechte Verkehrswende, von der alle Bevölkerungsgruppen profitieren können.

Aufgrund der konkreten Anfragen aus der Bevölkerung, des steigenden Bedarfs sowie der positiven ökologischen und gesundheitlichen Effekte ist der gezielte Ausbau öffentlicher Ladestationen für Elektrofahrzeuge im Bezirk Währing dringend erforderlich.



BV-Stv Oliver Möllner

Antrag.....vom.....

ABSTIMMUNGSVERHÄLTNIS:

MIT OBENANGEFÜHRTER ANTRAGSTEXTÄNDERUNG
MIT STIMMENMEHRHEIT ABGELEHNT
EINSTIMMIG / MIT STIMMENMEHRHEIT
ANGENOMMEN / ZUGEWIESEN AN

GRÜNE	ÖVP	SPÖ	NEOS	FPÖ	KPÖ
.....

.....

BEURKUNDUNG:

.....
BEZIRKSVORSTEHERIN

Ausbau Ladestation für Elektroautos im 18. Bezirk

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der Wiener Volkspartei Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die zuständige amtsführende Stadträtin Ulli Sima wird ersucht, im 18. Wiener Gemeindebezirk in den Straßenzügen Alseggerstraße, Witthauergasse, Ferrogasse oder Walrißstraße einen geeigneten Bereich zu prüfen, welcher die Errichtung einer Ladestation für Elektroautos ermöglicht.

BEGRÜNDUNG

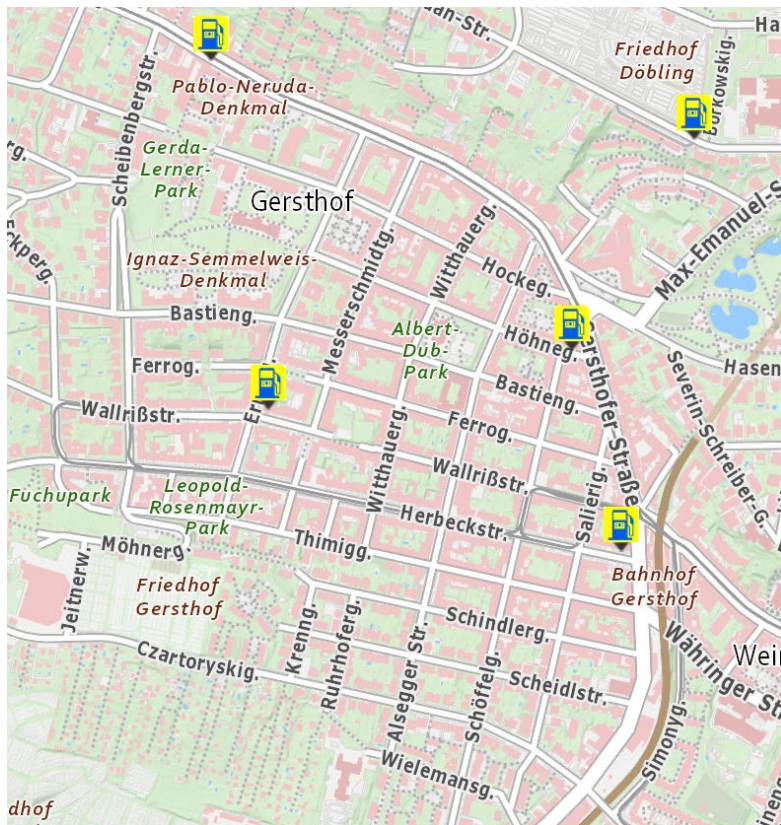
In den letzten Monaten ist vermehrt der Wunsch von Anrainerinnen und Anrainern im 18. Wiener Gemeindebezirk Währing an uns herangetragen worden, die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge deutlich auszubauen. Diese Anfragen machen klar sichtbar, dass der Umstieg auf nachhaltige Mobilitätsformen im Bezirk bereits stattfindet, jedoch durch ein regional unzureichendes Angebot an Ladestationen gebremst wird.

Währing ist ein dicht besiedelter Bezirk mit einem hohen Anteil an Mehrparteienhäusern, in denen die Installation privater Lademöglichkeiten oft nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Öffentliche Ladestationen im Straßenraum sind daher eine wesentliche Voraussetzung, um Elektromobilität für die Bevölkerung praktikabel und alltagstauglich zu machen. Der derzeitige Bestand ist für den teils wachsenden Bedarf nicht ausreichend und führt zunehmend zu Engpässen.

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der klima- und verkehrspolitischen Ziele der Stadt Wien. Elektrofahrzeuge reduzieren lokale Emissionen, Lärm und Schadstoffe und verbessern damit die Lebensqualität im Bezirk. Besonders in Wohngebieten profitieren Anrainerinnen und Anrainer von sauberer und leiser Mobilität.

Darüber hinaus stellt ein gut ausgebautes Netz an Ladestationen einen Standortvorteil für Währing dar. Es unterstützt Haushalte ohne eigenen Stellplatz beim Umstieg auf E-Mobilität und fördert eine sozial gerechte Verkehrswende, von der alle Bevölkerungsgruppen profitieren können.

Aufgrund der konkreten Anfragen aus der Bevölkerung, des steigenden Bedarfs sowie der positiven ökologischen und gesundheitlichen Effekte ist der gezielte Ausbau öffentlicher Ladestationen für Elektrofahrzeuge im Bezirk Währing dringend erforderlich.



BVin-Stv. Oliver Möllner

Evaluierung geeigneter Bereiche für AnrainerInnenparkzonen im 18. Bezirk

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der Wiener Volkspartei Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, im Bereich des 18. Wiener Gemeindebezirkes zwischen Gürtel/Gentzgasse/Edelhofgasse/Anastasius-Grün-Gasse geeignete Bereiche, welche die höchste Stellplatzauslastung aufweisen für AnrainerInnenparkzonen zu prüfen und zu evaluieren.

BEGRÜNDUNG

Die Wiener Stadtregierung überlegt, die in Wien bestehende Form der Parkraumbewirtschaftung zu reformieren, da das bestehende Modell zu wenig Lenkungseffekte zeigt; in Überlegung ist offenbar das bereits lange erörterte 3-Zonen Modell mit gestaffelten Gebühren. Wann eine Umsetzung erfolgt ist jedoch nicht bekannt.

Die Stellplatzsituation im dicht besiedelten Gebiet Währings, insbesondere zwischen Gürtel/Gentzgasse/Edelhofgasse gerade in den Abendstunden oder bei Betrieb der Volksoper oder der FH Wien der WKW ist dramatisch. Die AnwohnerInnen brauchen eine rasche (Zwischen-)Lösung dieser Situation. Eine Möglichkeit das Problem für die AnwohnerInnen zu verbessern, sind AnrainerInnenparkzonen. Diese Zonen sind in Wien im dicht besiedelten Gebiet üblich und verbreitet.

Dieser Antrag soll die Grundlage für eine sachliche Erörterung in den Gremien des Bezirkes schaffen. Nach Evaluierung der besonders betroffenen Gebiete und der möglichen geeigneten Zonen durch die zuständigen Magistratsabteilungen könne diese Zonen in der Bezirksvertretung bzw in den zuständigen Kommissionen und Ausschüssen erörtert und gemeinschaftlich die konkreten AnrainerInnenparkzonen fixiert werden.

BVⁱⁿ-Stv. Oliver Möllner, MA, BzRⁱⁿ Beate Marx
BzR Mag. Johannes Schreiber, BzRⁱⁿ Ulrike Ehrgott, BzR Thomas Scheuba, MSc,
BzRⁱⁿ Martina Wettstein, BSc, BzR Mag. Michael Richter
BzR Lothar Planner, BzRⁱⁿ Birgit Frühwald, BzRⁱⁿ Drⁱⁿ Cornelia Haider



"Parken verboten" Zone vor dem Kindergarten Vinzenzgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen der Wiener Volkspartei Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen folgenden

A N T R A G

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, die Errichtung einer "Parken Verboten" Zone vor dem neuen Kindergarten der St. Nikolaus Stiftung in der Vinzenzgasse im Bereich Staudgasse bis zum Beginn des Taxistandplatzes, also dem Schild 'Halte- und Parkverbot ausg. 6 Taxi' zu prüfen, welche durch Verkehrsschilder „Parken verboten“ entsprechend auszuweisen wäre. Es wäre angedacht, die Verkehrsschilder „Parken verboten“ mit Zusatztafeln aufzustellen, welche das Parkverbot auf Schultage von Montag bis Freitag werktags und auf 07:00 – 09:00 Uhr sowie 13:00 – 16:00 Uhr beschränken.

BEGRÜNDUNG

Das Nebengebäude der Kirche St. Severin wird seit einiger Zeit aufwändig umgebaut. Mit Februar 2026 soll dort einerseits der Standort Lacknergasse der St. Nikolaus Stiftung mit drei Kindergartengruppen übersiedeln, zusätzlich entstehen zwei neue Gruppen. Somit werden künftig bis zu 125 Kinder diesen neuen Kindergartenstandort besuchen.

In der unmittelbaren Umgebung befinden sich bereits zahlreiche Bildungseinrichtungen mit entsprechend hohem Verkehrsaufkommen zu Schulbeginn. Der Anfang der Fußgängerzone Staudgasse / Ecke Vinzenzgasse wird bereits jetzt regelmäßig – notgedrungen – zum Anhalten und als provisorische Bring-Zone genutzt, obwohl dieser Bereich weder dafür vorgesehen noch geeignet ist. Dadurch kommt es zu unübersichtlichen und potenziell gefährlichen Situationen im Kreuzungsbereich.

Da davon auszugehen ist, dass das Verkehrsaufkommen durch den neuen Standort sowie die zusätzlichen Kindergartengruppen künftig weiter steigen wird, ist es umso wichtiger, bereits jetzt geeignete Lösungen für den späteren Betrieb des Kindergartens zu schaffen.

Diese sollen durch die Anbringung von Verkehrsschildern „Parken verboten“, ergänzt durch zeitliche Einschränkungen mittels Zusatztafeln – wie im Antragstext ausgeführt –

gewährleistet werden. Die sich aktuell hier befindliche Müllsammelstation könnte bei Realisierung ggf. auf einen geeigneten Ort in unmittelbarer Nähe verlegt werden.

Ein entsprechendes Vorgehen wird bereits im 17. Wiener Gemeindebezirk, beim Kindergarten der St. Nikolaus Stiftung in der Alzeile 105, erfolgreich praktiziert.



Vortragender: Thomas Scheuba



An die
Bezirksvertretung für den 18. Wiener Gemeindebezirk
Martinstraße 100
1180 Wien

Wien, am 03.12.2025

Ermöglichung des temporären Linksabbiegens von der Währinger Straße in die Martinstraße

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellt der unterfertigte Bezirksrat für die Sitzung der Bezirksvertretung Währing am 11.12.2025 folgenden

A N T R A G:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, insbesondere die MA 46, werden ersucht, die Einführung einer temporären Linksabbiegemöglichkeit stadtauswärts von der Währinger Straße in die Martinstraße außerhalb der Stoßzeiten, beispielsweise im Zeitraum von 21:00 Uhr bis 06:00 Uhr, zu prüfen.

B E G R Ü N D U N G:

Die Einführung des temporären Linksabbiegens von der Währinger Straße in die Martinstraße im Zeitraum von 21:00 Uhr bis 06:00 Uhr stellt eine sinnvolle Maßnahme zur Verringerung von Verkehrswegen dar und würde zu einer Verringerung der Lärm- und Schadstoffbelastung sowie der „Parkplatzsuchkilometer“ führen.

In diesem Zeitraum ist durch die geringere Verkehrsbelastung keine unzumutbare Behinderung der Straßenbahnlinien 40 und 41 zu erwarten und eine solche nächtliche Linksabbiegemöglichkeit auf Schienenstraßen hat sich bereits andernorts in Wien bewährt.

Ohne diese Linksabbiegemöglichkeit müssen Fahrzeuge, die von der Währinger Straße kommen und die Martinstraße oder z.B. die Schulgasse oberhalb der Kutschkergasse erreichen wollen, Umwege über die bereits stark belasteten Straßen wie die Gentzgasse oder die Vinzenzgasse in Kauf nehmen. Dies führt zu zusätzlichen Belastungen in den angrenzenden Wohngebieten.

Bezirksvorstellung für den 18. Bezirk
Martinstraße 100
1180 Wien

Rüttelmarkierungen am Radfahrstreifen in der Jörgerstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der
Bezirksvertretungen folgenden

Antrag:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:
Die zuständigen Stellen der Magistratsabteilungen 28 und 46 werden ersucht, die
Anbringung von sogenannten Rüttelmarkierungen zur zusätzlichen Kennzeichnung
des Radfahrstreifens in der Jörgerstraße – beginnend auf Höhe der Theresiengasse
zu prüfen.

Begründung:

Im Frühjahr 2022 wurde ein Teilstück der Jörgerstraße umgestaltet, wodurch
insbesondere der Radverkehr aus Richtung Gürtel verbessert wurde. Da sich der
Beginn des betreffenden Radfahrstreifens auf Währinger Bezirksgebiet befindet, soll
zur weiteren Erhöhung der Verkehrssicherheit geprüft werden, ob dieser Bereich
zusätzlich durch Rüttelmarkierungen abgesichert werden kann.

Rüttelmarkierungen (auch Rüttelstreifen genannt) erzeugen beim Überfahren ein spür-
und hörbares Vibrieren und dienen dazu, die Aufmerksamkeit der Lenker:innen gezielt
auf sensible Verkehrsbereiche – wie etwa Radfahrstreifen – zu lenken. Dadurch kann
ein unbeabsichtigtes Befahren oder Überfahren des Radfahrstreifens durch den
motorisierten Verkehr reduziert und die Sicherheit für Radfahrende maßgeblich erhöht
werden.

Eine durchgängige und gut wahrnehmbare Markierungslösung stellt daher einen
sinnvollen Beitrag zur Unfallprävention und zu einem sicheren Miteinander aller
Verkehrsteilnehmer:innen dar. Insbesondere kann dadurch der aus der Jörgerstraße
in die Theresiengasse abbiegende motorisierte Verkehr besser auf den querenden
Radverkehr aufmerksam gemacht und die Verkehrssicherheit an dieser Stelle deutlich
erhöht werden.

BzR Marcus Altmann, BzRin Renate Rummerstorfer,
BzR Mag. Martin Much, BzRin Marissa Lechner,
BzR Ingo Höllinger, BzRin Mag.a Maria Masching



Bezirksvorstehung für den 18. Bezirk
Martinstraße 100
1180 Wien

Wohnraum wirksam schützen – Kurzzeitvermietungen konsequent eindämmen

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Währing ersucht die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen sowie die zuständigen Magistratsabteilungen – insbesondere die MA 37 –

- die Einhaltung der bestehenden Vorschriften zu Kurzzeitvermietungen in Währing engmaschiger zu kontrollieren,
- Verstöße konsequent zu sanktionieren,
- sowie bis 30.6.2026 einen Bericht über die Entwicklung der Kurzzeitvermietungen in Währing, deren Auswirkungen auf das Wohnungsangebot sowie auf die Nachbarschaften und die Lebensqualität im Bezirk zu erstellen und zu veröffentlichen.

Begründung:

Laut insideairbnb.com sind in Wien aktuell über 14.000 Wohnungen auf Airbnb gelistet, überwiegend ganze Einheiten. Mit der Bauordnungsnovelle 2024, die Kurzzeitvermietungen auf höchstens 90 Tage pro Jahr beschränkt, hat die Stadt Wien eine wirksame rechtliche Handhabe geschaffen. Entscheidend ist nun, diese auch konsequent zu nutzen. Denn auch in Währing werden durch Kurzzeitvermietungen Wohnungen dem regulären Markt entzogen, vor allem kleinere Wohnungen, die für junge Menschen und Studierende von zentraler Bedeutung sind.

Dauerhaft touristisch genutzte Wohnungen haben spürbare Auswirkungen: Wohnraum geht verloren, Nachbarschaften werden durch ständige Fluktuation und Lärmbelastungen beeinträchtigt. Die entstehende Verknappung kann in Folge Auswirkungen auf die Mietpreise haben. Diese Effekte sind auch für einen Wohnbezirk

wie Währing relevant, wenn den bestehenden Entwicklungen nicht konsequent entgegengewirkt wird.

Damit die Bauordnungsnovelle ihre volle Wirkung entfalten kann, braucht es verstärkte Kontrollen, wirksame Sanktionen und einen transparenten Monitoring-Bericht. Nur so lässt sich faktenbasiert beurteilen, welches Ausmaß die Kurzzeitvermietung in Währing aktuell tatsächlich hat, und ob weitere Maßnahmen auf Bezirks- oder Stadtebene erforderlich sind.



Umsetzung des Projekts „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ in Währing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen der Grünen Währing und SPÖ Währing, stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen und der amtsführende Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Sport werden ersucht, ein Konzept für die Implementierung des Nachbarschaftsinitiative-Projekts „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ auch in Währing in Auftrag zu geben und die dafür notwendige Finanzierung sicherzustellen.

Begründung

Laut Gewaltschutzbericht des Bundesministeriums für Inneres wurden im Jahr 2024 insgesamt 4.019 Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen. Dies stellt zwar einen leichten Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren dar, von einem nachhaltigen Rückgang oder Trend kann jedoch keine Rede sein.

Partnergewalt betrifft alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppen – und sie findet in allen Bezirken statt.

Das Projekt „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ wurde 2019 in Wien-Margareten ins Leben gerufen und hat sich seither in zwölf Bezirken erfolgreich etabliert.

StoP organisiert Informations- und Aufklärungsarbeit an öffentlichen Orten, fördert Zivilcourage und stärkt die Interventionsbereitschaft in der Nachbarschaft. Darüber hinaus trägt das Projekt zur Enttabuisierung von Partnergewalt bei und setzt gezielt im räumlich-sozialen Umfeld von Gewaltbetroffenen und – überwiegend männlichen – Tätern an.

Ziel ist es, dass Partnergewalt nicht länger geduldet, verschwiegen, ignoriert oder toleriert wird, sondern das soziale Miteinander sowie die Nachbarschaft als aktive Unterstützungsstruktur gestärkt werden.

Bereits bestehende und gut funktionierende Projekte angesichts kontinuierlich hoher Gewaltzahlen auszubauen und nachhaltig zu finanzieren, ist sowohl ressourcenschonend als auch wirksam. Erfahrungen aus anderen Wiener Bezirken in der Gewaltprävention können in Kooperation mit StoP erfolgreich auf unseren Bezirk übertragen werden.

Da Gewalt nicht an Bezirksgrenzen endet, ist es notwendig, gemeinsam mit der Stadt Wien Möglichkeiten zu prüfen, um die notwendigen Mittel für eine Umsetzung des Projekts ‚StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt‘ auch im 18. Bezirk bereitzustellen.



BzRⁱⁿ Naomi Sametinger, BA



BzRⁱⁿ Renate Rummerstorfer